NEWSLETTER

des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels

- FÜR MITGLIEDER IM WAHLKREIS - ALS DOWNLOAD - IM ABO -

82. Ausgabe / 26. November 2024



LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

schon wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu - ein Jahr mit vielen Herausforderungen und Unsicherheiten.

Vor uns liegen Neuwahlen im Bund, nachdem die FDP nun erwiesen systematisch eine Zusammenarbeit in der Regierung

unmöglich gemacht hat und unter dem Stichwort D-Day (so hieß bekanntlich 1944 die Landung der Alliierten gegen die Nazis) einen fulminanten Showdown herbeigeführt hat.

Ich hoffe sehr, dass wir in den kommenden Wochen gemeinsam über Inhalte und Wege streiten und uns nicht Hass und Hetze von den Rechts-

In Niedersachsen geht es derweil routiniert, fast schon langweilig

extremisten beschäftigen.

Weiter auf Seite 8

ZENTRALKLINIK UTHWERDUM IN DIE ENDPHASE EINGETRETEN

Am 18. November erfolgte der lange herbeigesehnte erster Spatenstich für die Zentralklink in Uthwerdum. Nach elf Jahren heftigen Ringens und einer inteniven Planungsphase geht es jetzt endlich los. Nebenbei hat der Niedersächsische Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi noch einen Förderbescheid über 110 Mio. Euro mitgebracht.

"Dieser symbolische Akt markiert den

Beginn eines zukunftsweisenden Bauprojekts, das die stationäre Gesundheitsversorgung der Region auf hohem Niveau nachhaltig stärken wird", erklärte Geschäftsführer Dirk Balster während der Veranstaltung, die auf dem Baufeld der Klinik abgehalten wurde. Politiker des Bundes, des Landes und der Kommunen, Vertreter der

Trägergesellschaft, Projektbeteiligte, medizinische Fachkräfte und weitere Gäste versammelten sich, um diesen besonderen Moment gemeinsam zu feiern. Mit innovativer Technologie und umfassendem Fachwissen der Mitarbeiter soll die Klinik den Menschen in der Region dienen. Die Idee zu einer gemeinsamen Klinik des Landkreises Aurich und der

Stadt Emden kam bereits vor elf Jahren auf. Diese waren bis hierhin geprägt von zwei Bürgerentscheiden und einem großen Engagement der Klinikmitarbeiter für das Projekt, aber auch Kritik von Bürgern.

"Die aktuellen Entwicklungen in der Gesundheitspolitik zeigen, dass wir von Anfang an auf dem richtigen Weg waren", freute sich Landrat Olaf Meinen. Und Emdens Oberbürgermeister Tim Kruithoff ergänzte: "Heute beginnt ein Projekt greifbare Realität zu werden, das nicht nur heute, sondern für Generationen von Bedeutung sein wird." Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels sagt dazu: "Dieses Bauprojekt ist ein Bekenntnis zur langfristigen, herausragenden Gesundheitsversorgung in Ostfriesland. Hier entsteht ein Ort, der nicht nur den aktuellen Standards gerecht wird, sondern Raum für innovative Entwicklungen bietet, die das Wohl der Menschen in unserer Region in den Mittelpunkt stellen. Es hat sich gelohnt, hierfür zu kämpfen."

Das Bauprojekt wird mit einer Gesamtsumme von mindestens 460 Mio. Euro gefördert





WEIL LOBT WEITSICHT DER GROSSEFEHNTJER WEHREN

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Wiard Siebels besuchte Ministerpräsident Stephan Weil in seiner Eigenschaft als SPD-Landesvorsitzender das neu errichtete Feuerwehrgerätehaus in Großefehn. Weil wurde von Bürgermeister Erwin Adams und Mitgliedern des Gemeinderates durch den Neubau geführt.

Auch Aurichs Landrat Olaf Meinen hatte sich dem Besuch angeschlossen. Den Kern bildete eine breite Abordnung der Fehntjer Feuerwehr. Diese hatte durch den freiwilligen Zusammenschluss der Ortsfeuerwehren Aurich-Oldendorf und Ostgroßefehn zur Ortsfeuerwehr Großefehn-Zentrum zum 1. Juli 2021 den Neubau erst möglich gemacht. Weil hatte bei einem ersten Besuch im Sommer 2022 sein erneutes

Kommen in Aussicht gestellt, wenn das Feuerwehrhaus fertig gebaut sei; dieses Versprechen löste er nun ein.

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels lobte die Einsicht und Weitsicht der Fehntjer Feuerwehrkameraden. In Zeiten des demographischen Wandelt und der Personalverknappung auch im ehrenamtlichen Bereich hätten sie alte Traditionen über Bord geworfen und sich zu einer neuen Ortswehr zusammengeschlossen. Dabei gehe es nicht allein um Personalfragen, also um den Nachwuchs für die Freiwilligen Wehren, sondern auch um finanzielle Möglichkeiten der Kommune, die für Gebäude, Fahrzeuge und Ausrüstung ihrer Ortswehren und letztendlich auch die persönlichen Sicherheitsausrüstung

der einzelnen Wehrmänner verantwortlich sei. Voraussetzung sei jedoch, dass solche Zusammenschlüsse und Veränderungen von der Feuerwehr selbst initiiert und mitgetragen würden.

Weil: Das Land Niedersachsen hat diesen Neubau sehr gerne mit dem hohen Zuwendungsbetrag von 930.000 Euro gefördert. Der Neubau belaste Großefehn immerhin mit 2.595.000 Euro. Stephan Weil unterstrich deshalb die große Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren gerade in ländlichen Regionen. Wörtlich sagte er: "Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Ehrenamtlichen, die viel Aufwand und Engagement für die Sicherheit der hier lebenden Menschen zur Verfügung stellen."

HILFSANGEBOT FÜR BEDROHTE MANDATSTRÄGER

Seit ein paar Monaten gibt es eine neue Anlaufstelle des Deutschen Städtetages für kommunale Amts- und Mandatsträger, die sich konkreten Bedrohungen ausgesetzt sehen. Über den Link www.starkestelle.de soll das Angebot bekannt gemacht werden. Es wäre angebracht, parteiintern Ansprechpersonen in Ortsvereine/Fraktionen zu bestimmen, damit die im Oldenburger SPD-Bezirksbüro angesiedelte Anlaufstelle auftretende Fälle bündeln kann. Das soll zu einem Überblick über die Lage führen; die Genossinnen und Genossen sollen mit so etwas nicht länger alleine gelassen werden. Ihnen soll konkrete Hilfes angeboten werden.



DER SPD-ABGEORDNETE WIARD SIEBELS hat nach der Plenardebatte die Bedeutung des VW-Konzerns für ganz Niedersachsen betont. "VW ist Niedersachsen. Darum ist es richtig und notwendig, für dieses Unternehmen und vor allem für die Arbeitsplätze zu kämpfen", sagt Siebels. Nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil befasste sich die Debatte mit einer gemeinsamen Resolution der regierungstragenden Fraktionen zur aktuellen Krise bei Volkswagen, die nun in die Gremienberatung geht. Darin fordert Rot-Grün neben der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Stärkung der Sozialpartnerschaft vor allem ein Bekenntnis der Politik zum Hochlauf der E-Mobilität und dem Ausbau der Ladeinfrastruktur. Es folgte ein Gruppenfoto auf der Landtagstreppe.





BEIM TAG DER OFFENEN TÜR im Niedersächsischen Landtag in Hannover war Aurich prominent vertreten. Das rechte Foto zeigt Seniorchef Harald Meenen von der Auricher Süssmost gemeinsam mit Verkehrsminister Olaf Lies und dem Landtagsabgeordneten Wiard Siebels am Tag vor dem Großereignis nach der Anlieferung der begehrten Fruchtsaftgetränke.



DER LANDFRAUENVEREIN GROSSEFEHN machte sich auf Einladung des Landtagsabgeordneten Wiard Siebels auf nach Hannover. Ziel der Reise war der Niedersächsische Landtag. Die Landfrauen wollten einen Einblick in die Arbeit der Landtagsabgeordneten und der Landtagsverwaltung bekommen. Der SPD-Abgeordnete Siebels empfing die Reisegruppe auf der Freitreppe des Landtagsgebäudes, wo ein Erinnerungsfoto gemacht wurde. Dann bekamen die Landfrauen bei der Präsentation des Landtagsfilmes einen ersten Eindruck von der Landespolitik. Über eine Stunde wohnten sie auf der Zuschauertribüne einer Landtagssitzung bei. Daran schloss sich eine Diskussion mit dem Landtagsabgeordneten Wiard Siebels an, zu der sich drei Abgeordnete der anderen im Landtag vertretenen Fraktionen gesellten. Themen waren kommunale Probleme bei der Genehmigung eines Bauantrages oder bei der Ausweisung von Baugebieten; alles dauerte den Landfrauen viel zu lange. Schließlich ging es noch um den Bau der Zentralklinik in Uthwerdum. Nachdem sich die Reisegruppe in der nahe gelegenen Markthalle noch etwas gestärkt hatte, wurde zügig die Rückreise angetreten.



STRAHLENDER SIEGER: Mit über 98 Prozent Zustimmung wurde Johann Saathoff im Hotel Novum in Hinte in geheimer Wahl erneut zum SPD-Kandidaten für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Aurich-Emden gewählt. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil und Wiard Siebels waren die ersten Gratulanten.



ES WAR DEM ABGEORDNETEN WIARD SIEBELS eine große Ehre, diese kleine Besuchergruppe durch den Niedersächsischen Landtag zu führen. Der Ihlower Ratsherr und Simonswolder SPD-Ratsherr Hinrich Päben hatte ihn nämlich darum gebeten. Auch Bürgermeister Arno Ulrichs (rechts im Foto) schloss sich der Gruppe an.



Eine Amtszeit von acht Jahren war lange Standard in Niedersachsen - vor zehn Jahren hatte die damalige rot-grüne Landesregierung die Amtszeit dann jedoch auf fünf Jahre verkürzt, damit die Wahlen zum Bürgermeister und Landrat parallel zum Gemeinderat und Kreistag stattfinden können. Eine höhere Wahlbeteiligung und damit eine größere Legitimation für die Bürgermeister und Landräte war das erklärte Ziel. Nun sollen die Amtsträgerinnen und Amtsträger wieder mehr Zeit bekommen, um Planungen anzuschieben und umzusetzen. Das hatten auch Städte, Gemeinden und Kreise und deren Lobbyverbände immer wieder gefordert. Politische Themen in Kommunen sind inzwischen "echte Langstreckenläufe" - und in fünf Jahren lässt sich nur bedingt etwas bewegen. Die Arbeit von Bürgermeistern und Landräten soll so attraktiver werden. Denn es gab bereits eine Tendenz, dass sich aus den Kommunalverwaltungen kaum Kandidaten für solch eine hauptamtiche Tätigkeit zur Verfügung stellten.





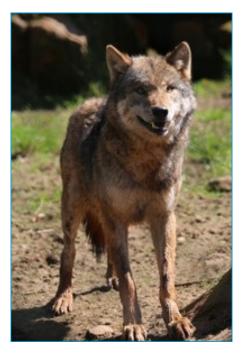
BEIM STADTPARTEITAG DER SPD AURICH, der diesmal im Familienzentrum an der Jahnstraße stattfand, konnten wieder langjährige Genossen geehrt werden. Ehrengäste waren Wirtschaftsminister Olaf Lies, der Bundestagsabgeordnete Johann Saathoff sowie Abordnungen von der IG Metall und von Omas gegen Rechts.

EIN SCHRITT IN RICHTUNG AKTIVES WOLFSMANAGEMENT

Deutschland hat jetzt in der EU für die Senkung des Schutzstatus des Wolfes gestimmt und ist damit einen wichtigen ersten Schritt in Richtung eines regionalen Bestandsmanagements des Wolfs in Deutschland gegangen.

Hierzu sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels, dass sich Deutschland Dank des Engagements von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil dafür eingesetzt habe, einen Antrag zur Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes in der Berner Konvention zu stellen.

"So weit wie heute waren wir noch nie", sagte der Auricher Abgeordnete wörtlich. "Mit dieser Entscheidung wurde die Grundlage geschaffen, um in Zukunft den Schutzstatus des Wolfes anzupassen." Dieser Schritt sei notwendig, da für eine Änderung des geltenden EU-Rechts zunächst eine Änderung der Berner Konvention vorgenommen werden müsse. Mit seiner Entscheidung habe Deutsch-



land ein klares Signal gesetzt. Die Bundesebene setze sich für die Interessen von Regionen wie Niedersachsen ein, die stark von der wachsenden Wolfspopulation betroffen seien. Dazu gehöre insbesondere auch Ostfriesland mit der hier weit verbreiteten Weideviehhaltung und den Deichschäfereien. "Das ist ein wichtiger erster Schritt, um für unsere Weidetierhalten und die Menschen im ländlichen Raum ins Handeln zu kommen," sagt Siebels Der Beschluss stelle jedoch nur den Anfang des Prozesses dar. Die Berner Konvention könne nicht direkt durch die EU geändert werden. Der Ständige Ausschuss zur Berner Konvention, einem völkerrechtlichen Vertrag, der auch Staaten außerhalb der EU umfasst, werde im November über den Antrag beraten. Erst wenn die Vertragsparteien zustimmen, könne die FFH-Richtlinie auf EU-Ebene geändert werden. Diese Änderungen müssten dann noch in deutsches Recht umgesetzt werden.



DIE LANDESJÄGERSCHAFT NIEDERSACHSEN war Gast im Niedersächsischen Landtag, wo sie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Grant Hendrik Tonne und vom Landtagsabgeordneten Wiard Siebels empfangen wurden. Anfang April vergangenen Jahres hatten die zehn Küstenjägerschaften aus Niedersachsen e.V. (LJN) und die Landesjägerschaft Bremen in Aurich ein Positionspapier zum Wolf unterzeichnet. Die Deichsicherheit muss Vorrang haben, heißt es in diesem Papier, das den Titel "Auricher Erklärung" trägt.



POLITIK muss kein staubtrockenes Geschäft sein. Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels illustriert seine Posts auf facebook gern mit aussagekräftigen Grafiken, die Sharepics genannt werden. Mit dem Foto oben (eine Playmobil-Figur von Martin Luther) hat er auf den Reformationstag aufmerksam gemacht, der durch Änderungsgesetz vom 22. Juni 2018 neu als staatlich anerkannter Feiertag in das NFeiertagsG aufgenommen wurde.

DAS LAND RICHTET EIN CYBERSICHERHEITSZENTRUM EIN

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Vorteile für die Bewältigung von Aufgaben in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Die rot-grün geführte Landesregierung setzt dabei auf die Förderung von IT-Kompetenzen durch Fachpersonal und sichert mit dem Aufbau eines Cybersicherheitszentrums die Handlungsfähigkeit des Staates gegen die zunehmende Gefährdung durch Cyberangriffe.



IN DER JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG des SPD-Ortsvereins Großheide bei Cord Brüling in Südarle gab es anregende Diskussionen über die Landes- und Bundespolitik. Fazit: Immer den gesunden Menschenverstand nutzen, anstatt sich von den im Netz verbreiteten Fake-News beeinflussen zu lassen. Der Abgeordnete Wiard Siebels konnte bei seinem Besuch starke Diskussionsimpulse geben.

WIR KÄMPFEN UM JEDEN ARBEITSPLATZ

Stephan Weil ist klar: Die Verunsicherung unter den rund 100.000 VW-Beschäftigten im Land ist riesig. An sie sendet er ein klares Signal: "Es gibt Stellschrauben weit über Kündigungen und Werksschließungen hinaus, die wir als Landesregierung sehr kritisch sehen. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz." Sollten Stellen abgebaut werden, müsse dies wie in der Vergangenheit sozial verträglich ablaufen. Bis Ende November, wenn die Tarifverhandlungen und die Planungsrund bei VW fortgeschritten sind, erwartet Weil Klarheit, wie es für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergeht. "Sie haben ein Recht darauf", betont der Ministerpräsident. VW müsse tarifgebunden bleiben und auch künftig für sichere Beschäftigung stehen.

Rückendeckung erhält Weil aus der SPD-Fraktion. "VW ist Niedersachsen, und dass soll auch so bleiben", sagt deren Parlamentarischer Geschäftsführer Wiard Siebels. Das Nebeneinander von hoher Rendite und guter Arbeit sei die Maßgabe für Volkswagen. Um die Nachfrage nach E-Autos zu steigern, brauche es weniger Bürokratie beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. Auch müsse es den Menschen mit kleinen Einkommen erleichtert werden, einen verbrennerlosen Wagen zu erwerben, etwa über Social Leasing.

In einer gemeinsamen Resolution fordern die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen u.a., dass Einschnitte bei VW nicht allein zulasten der Belegschaft gehen dürfen.

Ministerpräsident Weil macht klar, dass es Aufgabe des VW-Managements sei, den Konzern aus der wirtschaftlichen Schieflage zu befreien. Die Politik könne allenfalls bei den Rahmenbedingungen helfen. "Das Unternehmen muss seine Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen, indem es attraktive Produkte zu fairen Preisen anbietet", sagt Weil. Heißt: VW muss bei E-Autos ein



günstiges Einstiegsmodell anbieten.
Zudem gehe es darum, angesichts der Vielzahl an Standorten Möglichkeiten für Synergien konsequent zu nutzen und auf effiziente Lieferketten zu setzen.

Foto: Nds. StK/Spata

GESETZ ZUM BRANDSCHUTZ STÄRKT WEHREN

Das Land stärkt die Wehren. Der Landtag hat mit breiter Mehrheit einer Novelle des Brandschutzgesetzes zugestimmt. Diese sieht u.a. die Freistellung der Betreuer von Kinder- und Jugendfeuerwehren für Freizeitmaßnahmen und die Aufstellung zentraler Einheiten zur Bekämpfung besonderer Gefahrenlagen vor. Auch der Einsatz von Drohnen wird darin klar geregelt.

Wiard Siebels, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, sprach von einem "wichtigen und richtigen Schritt, um auch zukünftigen Feuerwehrkameraden Lust auf ihr ehrenamtliches Engagement zu machen". Allein für die Freistellung für Betreuungen nehme das Land für dieses Jahr mehr als drei Mio. Euro in die Hand. Darüber hinaus gebe es zusätzliches Geld für die Anschaffung von Fahrzeugen.

Wiard Siebels bezeichnete das neue Brandschutzgesetz als wichtigen Beitrag für eine für die kommenden Jahrzehnte zukunftssichere Feuerwehr in Niedersachsen.



AM TAG DES OFFENEN DENKMALS stattete der SPD-Landtagsabgeordnete Siebels der Mühle in Sandhorst einen kurzen Besuch an. Der Mühlenverein hat nicht nur die Mühle bestens in Schuss, sondern auch ein tolles Programm auf die Beine gestellt. Mit diesem Einsatz wird an vielen Orten unser ostfriesisches Kulturerbe bewahrt.



AM BUNDESWEITEN Aktionstag Suchtberatung hat der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels die Fachambulanz Sucht des Kirchenkreisverbandes Ostfriesland-Nord in der Bahnhofstraße in Aurich besucht. Gemeinsames Ziel ist es, die Suchtberatungsstellen und die Politik in den Kommunen miteinander in einen Dialog zu bringen. Dabei soll vor Ort auf die Dringlichkeit der (Weiter-)Finanzierung und die Zukunftssicherung der Suchtberatungsstellen aufmerksam gemacht werden.

ZUKUNFT DER KÜSTENFISCHEREI

Die Küstenfischerei ist von erheblicher Bedeutung für die Wirtschaft Niedersachsens. "Die Fischerei ist nicht nur ein Wirtschaftszweig und wichtig für die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln – sie ist in ganz besonderem Maße auch identitätsstiftendes Kulturgut", erklärt der SPD-Abgeordnete Wiard Siebels. Sie leiste damit einen unverzichtbaren Beitrag für die Region.

"Wir müssen dafür sorgen, dass diese Branche eine stabile Perspektive erhält, die auch zukünftige Generationen sichert," sagt Siebels. Die SPD-Fraktion unterstütze den "Zukunftspakt Küstenfischerei 2050", der am 13. August auf der Norddeutschen Fischereikonferenz in Cuxhaven unterzeichnet worden ist. Diese Initiative sei ein bedeutender Schritt für die Sicherung einer nachhaltigen Küstenfischerei in Niedersachsen, betont Siebels.

STUDIERENDENZAHLEN IN NIEDERSACHSEN RÜCKLÄUFIG

Niedersachsen verzeichnet seit Jahren einen Rückgang der Studierendenzahlen. Im Wintersemester 2022/23 haben sich 198.690 Studierende an Hochschulen eingeschrieben. Das seien 9.705 weniger als im Wintersemester 2020/21, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels. Dieser Trend zeige sich bundesweit, jedoch treffe es Niedersachsen nach Bavern und Nordrhein-Westfalen besonders stark. "Die demografische Entwicklung und der doppelte Abiturjahrgang 2020, bedingt durch die Umstellung von G8 auf G9, tragen erheblich zu diesem Rückgang bei", so Siebels. Auch internationale Studierende blieben aufgrund der Corona-Pandemie und damit verbundener Reisebeschränkungen aus. "Während 2018/19 noch 7.434 ausländische Studenten bei uns ein Studium aufgenommen haben, waren es 2021

nur noch 6.099", ergänzt Siebels. Es gebe aber auch erste positive Signale: Die Zahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester stieg im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent an. Dennoch sei der Rückgang im Vergleich zu 2019 mit 30.414 Anfängern sichtbar, was das Land zum Handeln zwingt. "Wir müssen flexiblere Studienbedingungen schaffen. Auch chronisch Kranke oder Studierende mit Behinderungen sollen barrierefreien Zugang zu Bildung haben", fordert Siebels. Besonders die Einführung und Weiterführung von hybriden Lehrveranstaltungen, die während der Pandemie etabliert wurden, böten große Chancen Weitere Schwerpunkte seien der Ausbau von Teilzeit-, Fern- und dualen Studiengängen.



AUCH IN DIESEM JAHR BETEILIGTE sich der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels am bundesweiten Vorlesetag, der diesmal unter dem Motto "Vorlesen schafft Zukunft" stand. Im DRK-Kindergarten in Moordorf in der Straße Schultrift las Siebels aus einem seiner Lieblingsbücher vor - "Der Blätterdieb" von Alice Hemming und Nicola Slater.

Fortsetzung von Seite 1

dem Abschluss der Haushaltsberatungen für das kommende Jahr entgegen. Der Haushalt 2025 wird Mitte Dezember durch den Landtag beschlossen. Dabei haben die Fraktionen aus SPD und Grünen wichtige Schwerpunkte gesetzt.

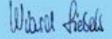
Für den Wahlkreis möchte ich beispielhaft auf das neue Sportförderprogramm und die zusätzlichen Stellen beim NLBV in Aurich verweisen. Der frühere Finanzminister Hilbers (CDU) hatte zwar mit der Digitalisierung der Finanzverwaltung den richtigen Weg eingeschlagen, aber für die Umsetzung keine Mittel und kein zusätzliches Personal bereitgestellt.

Und wenn ich im Wahlkampf 2017 versprochen habe, mich für zusätzliche Mittel für die Sanierung und den Neubau von Sportstätten einzusetzen, so wird auch diese Aussage mit dem Haushaltsplanentwurf für 2025 umgesetzt: 25 Mio. Euro stellt das Land im kommenden Jahr für die Sportstättenförderung bereit.

Im Wahlkreis kann man deshalb nur dazu raten, zügig viele Anträge zu stellen. Denn jeder Euro, der in den Sport investiert wird, ist gut angelegt.

Bei der Lektüre meines Newsletters wünsche ich viel Freude und eine schöne Vorweihnachtszeit.

lhi



WIARD

Niedersächsischer Landtagsabgeordneter Impressum (V.i.S.d.P.): Abgeordnetenbüro Siebels Dita Bontjer, Mitarbeiterin Postfach 1701 26587 Aurich Telefon: 04941 3387 u. 980 6725 eMail: buero@wiard-siebels.de Newsletter Layout und Redaktion: M. Galka, Aurich Homepage:

www.wiard-siebels.de

EIN NEUES GESICHT IN SIEBELS ABGEORDNETENSTAB

Martin Drelichowski ist neu im Mitarbeiterstab des Abgeordneten Siebels in Hannover und damit Nachfolger von Franz Neuhaus. Der Student aus Bothel war als digital Native neben den Kontakten zu den Ministerien insbesondere für die grafische Umsetzung zuständig. Franz ist dem Ruf seiner Professorin an die Uni gefolgt und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschung und Lehre. Der 42-jährige Martin Drelichowski hat Politik mit Nebenfach Germanistik studiert und war Mitarbeiter von mehreren Landtags- und Bundestagsabgeordneten. In die SPD ist er vor rund 10 Jahren eingetreten - entscheidender Anlass war für ihn die

M. Drelichowski

Dita Bontjer

Gründung der AfD. Mit seiner Frau, zwei Söhnen und Hund Fritz wohnt er in Obernkirchen, wo er im Vorstand des SPD-Ortsvereins und im UB-Vorstand Schaumburg aktiv ist.

Weitere Mitarbeiter von
Wiard Siebels sind Dita Bontjer und Manfred Galka. Die
Verwaltungsangestellte organisiert das Abgeordnetenbüro
in Aurich und koordiniert die
Termine im Wahlkreis. Der
Journalist Galka kümmert sich
um Siebels' Internetauftritt
und den Newsletter und hält
den Kontakt zur Presse.

Kontaktdaten: Tel.: 04941 3387 - ggf. die Mailbox nutzen buero@wiard-siebels.de







"Passt das auf einen Bierdeckel?"

Wiard Siebels' Reaktion auf Sebastian Lechners Ausführungen zum Tagesordnungspunkt "Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema VW".

CDU-Mann Lechner hatte an an Grant Hendrik Tonne appelliert, aufmerksam zu sein, da er das Konzept der CDU für die Automobilindustrie vorstellen wollte, das aus seiner Sicht einen verlässlichen und planungssicheren Weg zu einer Klimaneutralität und erfolgreichen Transformation biete.



DAS FEST DER KULTUREN auf dem Auricher Marktplatz war für MdL Wiard Siebels wieder ein willkommener Anlass, ein Selfie zu schießen